

Horst Jecht, Die Entwicklung zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1943)

Legende: Horst Jecht, Professor an der Wirtschafts-Hochschule Berlin, bezeichnet Hitler-Deutschland 1943 als Vorreiter der europäischen Integration und preist die Werte der westlichen Zivilisation, die durch den Bolschewismus und den angelsächsischen Imperialismus bedroht sind.

Quelle: FUNK, Walther. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Verein Berliner Kaufleute und Industrieller und Wirtschafts-Hochschule Berlin (Hrsg.). Berlin: Haude & Spenersche Verlagsbuchhandlung Max Paschke, 1943. 229 S.

Urheberrecht: (c) Haude & Spenersche Verlagsbuchhandlung Max Paschke

URL: http://www.cvce.eu/obj/horst_jecht_die_entwicklung_zur_europaischen_wirtschaftsgemeinschaft_1943-de-24757bc0-73c5-4b06-907f-24fb57024b5d.html

Publication date: 22/10/2012

Die Entwicklung zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

von Dr. Horst Jecht
o. Professor an der Wirtschafts-Hochschule Berlin

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Großraumbildung

Europa ist in diesem Kriege im Begriff, sich seine Einheit und Selbständigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete zu erkämpfen. Die *geschichtliche Entwicklung*, die in einem mehr als tausendjährigen, höchst wechselvollen Verlauf zu der heutigen Lage führt, die wir wohl übereinstimmend als Schicksalswende Europas empfinden, aufzuzeigen, ist meine Aufgabe. Zwar könnte es scheinen, als ob die Größe und die Einmaligkeit der gegenwärtigen Entscheidung eine solche geschichtliche Betrachtung entbehrlich machten. Aber wie auf anderen Gebieten erst die Kenntnis der Vergangenheit die besondere Stellung der Gegenwart im geschichtlichen Gesamtablauf verständlich macht, so gilt das auch für das Problem der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Die Idee der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft findet ihren Ausdruck in der Schaffung eines *europäischen Großwirtschaftsraumes*. Auch bei einem geschichtlichen Rückblick handelt es sich darum, zu zeigen, ob und in welchem Sinne es in den verschiedenen Epochen der europäischen Geschichte einen solchen Großwirtschaftsraum gegeben hat. Ich verwende damit bewußt, um an altbekannte Vorstellungen anzuknüpfen, ein Wort, das in der Tagesliteratur reichlich abgenutzt ist und das im ganzen einen recht unbestimmten Charakter trägt. Ich füge aber sofort hinzu, worin ich die Wesenseigentümlichkeit eines solchen wirtschaftlichen Großraumes erblicke.

An sich bildet das Vorhandensein der räumlichen Grundlage die Voraussetzung jedes Wirtschaftens. Die Beschaffenheit und Gliederung des Raumes, seine Ergiebigkeit für die Gewinnung landwirtschaftlicher und bergbaulicher Erzeugnisse, seine Verkehrslage sind ebenso von Einfluß auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens wie andererseits der Raum durch die menschliche Wirtschaft tiefgreifende Umgestaltungen erleidet. Wir können im Hinblick auf diesen engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Raum von Wirtschaftslandschaften im Sinne der einheitlichen Gestaltung des Wirtschaftslebens innerhalb eines bestimmten räumlichen Bezirks sprechen. Unter einem wirtschaftlichen Großraum wollen wir dementsprechend die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Vorgänge über einen größeren räumlichen Bezirk des Erdballes zu einer höheren wirtschaftlichen Einheit verstehen, bildlich gesprochen also die Herausbildung größerer räumlicher Wirtschaftskörper, die sich gegenüber anderen Wirtschaftskörpern dieser Art in deutlich erkennbarer Weise abgrenzen.

Damit es zu einer solchen räumlichen Einheitsbildung kommt, ist aber wiederum zweierlei erforderlich. *Erstens* ein gewisses Maß gegenseitiger *wirtschaftlicher Verflechtung* innerhalb eines bestimmten Bezirkes. Es muß, anders gesprochen, jener Zustand der eigenwirtschaftlichen Produktion überwunden sein, wie er jahrhundert- und jahrtausendlang das Wirtschaftsleben beherrscht hat. Es muß das Wirtschaftsleben die gleichsam punkthafte Gestaltung unter sich gelassen haben. Und *zweitens* muß eine gewisse Gemeinsamkeit der *Ordnung*, insbesondere der politischen Ordnung, die wirtschaftlichen Erscheinungen gerade dieses räumlichen Bezirkes im Unterschied zu anderen zu einer Einheit zusammenfassen. Es braucht dabei nicht in jedem Falle an die Unterwerfung unter einen einheitlichen, einzigen staatlichen Willen gedacht zu werden. Eine solche gemeinsame Ordnung ist auch durchaus möglich in Form der freiwilligen Zusammenarbeit selbständiger Nationen, freilich unter Anerkennung der politischen Führung eines Volkes und Staates.

Ob Europa nun in dem soeben umschriebenen Sinne einen Wirtschaftsraum jemals gebildet hat, jetzt bildet oder in Zukunft bilden wird, das ist eine nicht erst in der Gegenwart lebhaft umstrittene Frage.

[...]

Die wirtschaftliche Neuordnung Europas als Aufgabe der Gegenwart

Wir haben die drei grundlegenden Wandlungen verfolgt, die seit dem Beginn der Neuzeit bis in die jüngste

Gegenwart nicht nur die Entstehung eines europäischen Wirtschaftsraumes verhindert, sondern es darüber hinaus bewirkt haben, daß Europa sich von dem Ziel einer wirklichen Wirtschaftsgemeinschaft in dieser Zeit immer weiter entfernt. Erst von diesem geschichtlichen Hintergrund her ist es nun möglich, die Bedeutung der *wirtschaftlichen Neuordnung Europas* zu würdigen, die sich seit einigen Jahren in geradezu atemberaubendem Tempo vor unseren Augen abspielt.

Zusammenbruch der bisherigen Weltwirtschaft

Den Ausgangspunkt bildet der *Zusammenbruch der Weltwirtschaft alten Stiles*. Nach der kurzen Episode der Vorherrschaft der liberalen Handelspolitik hatten bereits seit den 60er und 70er Jahren wichtige Staaten der Welt die Abkehr vom Freihandel und den Übergang zu einem neuen industriellen Protektionismus vollzogen. Die fortschreitende Industrialisierung der bisherigen Agrar- und Rohstoffländer ließ darüber hinaus um die Jahrhundertwende in den alten Industrieländern Europas die ersten Zweifel an dem gesicherten Fortbestand der bisherigen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung erwachsen. Insbesondere wurde damals bereits die Frage nach der Zukunft des europäischen Industrieexports lebhaft erörtert. Daneben wies man, vornehmlich in Deutschland, auf die Gefahr einer Abschneidung der Lebensmittel- und Rohstoffzufuhren im Kriegsfall hin, die ja dann während des Weltkrieges zur Wirklichkeit werden sollte.

Rückschauend wird man feststellen können, daß im Jahre 1914 - trotz der späteren Wiederbelebungsversuche - die bisherige Weltwirtschaft endgültig zusammengebrochen ist. Der *Weltkrieg* hat einerseits mit der jahrelangen Unterbindung der industriellen Ausfuhr wichtiger europäischer Länder die Industrialisierungsbestrebungen der überseeischen Staaten weiter gefördert. Er hat andererseits in Europa selbst infolge der territorialen Zerstückelung durch den Versailler Gewaltfrieden und infolge des übersteigerten Protektionismus der neuen Nachfolgestaaten zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt, deren Behebung durch Rückkehr zu den Grundsätzen des Freihandels sich politisch als unmöglich erwies. Den stärksten Verstoß gegen die Spielregeln des bisherigen Systems bedeutete schließlich die Regelung der deutschen *Tributzahlungen*. Deutschland, vor dem Weltkriege ein Gläubigerland ersten Ranges, wurde nicht nur fast seiner gesamten früheren Auslandsanlagen beraubt, sondern darüber hinaus zu einem tributpflichtigen Schuldnerlande gemacht, ohne daß jedoch die Gläubigerländer, insbesondere die Vereinigten Staaten, sich bereit gefunden hätten, ihren Absatzmarkt für die deutsche Industrieausfuhr zu öffnen. Es ist bekannt, daß dieser Widerspruch zwar eine Zeitlang durch die amerikanischen Kredite überdeckt und daß auf diese Weise der Anschein einer Wiederaufrichtung der früheren Weltwirtschaft erweckt werden konnte. Aber auf die Dauer war diese Überbrückung doch nicht möglich, und man wird sagen können, daß mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise ein innerlich bereits völlig ausgehöhlt System zusammenbricht.

Wir stehen damit an der Schwelle einer *neuen Periode in der Geschichte der Weltwirtschaft*. Sie ist durch das Streben zahlreicher Länder gekennzeichnet, ihr wirtschaftliches Schicksal zunächst ohne Rücksicht auf die Lage der weltwirtschaftlichen Konjunktur selbständig in die Hand zu nehmen. Durchaus folgerichtig verbindet sich mit diesen Tendenzen einer „autonomen Konjunkturpolitik“ frühzeitig das Ziel der Herstellung eines besseren inneren Gleichgewichtes zwischen den verschiedenen *heimischen Wirtschaftszweigen*; also einer Produktionssteigerung der Landwirtschaft und der industriellen Rohstoffherzeugung in den alteuropäischen Industrieländern, eines weiteren Ausbaues der eigenen Industrie, daneben zum Teil aber auch eines Abbaues bisheriger agrarischer Überschußproduktionen in den überseeischen Ländern. Ihren stärksten Ausdruck hat diese Politik in den Ländern der Achse, Deutschland und Italien, gefunden. Nicht nur die Besonderheit ihrer geographischen Lage, sondern noch mehr die Erfahrungen, die diese Länder während des Weltkrieges und in der Zeit der „Sanktionen“ mit der Abschließung vom Weltmarkt gemacht hatten, mußten die Notwendigkeit einer Hebung des Standes der Selbstversorgung hier als besonders dringlich erscheinen lassen. Vor allem steht hinter diesen Bestrebungen aber ein ganz bestimmtes, auf Erringung größerer Unabhängigkeit auch auf wirtschaftlichem Gebiet gerichtetes politisches Wollen!

Alle diese Bestrebungen haben mit Insularität im Sinne einer völligen Selbstversorgung aus den Kräften des heimischen Bodens nicht das geringste zu tun. Sie würde nicht nur in vielfacher Hinsicht eine glatte Unmöglichkeit darstellen. Sie würde sich auch, selbst wenn sie durchführbar wäre, infolge der dann

eintretenden stärkeren Bindung von Arbeitskräften und Sachkapitalien und der dadurch unvermeidlichen Verarmung geradezu in Widerspruch zu dem grundlegenden Ziel einer Stärkung der nationalen Wirtschaftskräfte stellen. Hier liegt der eigentliche Ausgangspunkt des neuen Großraumgedankens. Wenn die internationale Arbeitsteilung in der bisherigen Form in Zukunft nicht mehr möglich ist, so gilt es, um so stärker die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den räumlich benachbarten Volkswirtschaften zu pflegen.

Ziele und Methoden der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Damit ist die Frage der Neuordnung Europas auf wirtschaftlichem Gebiete von neuem gestellt. Gerade auf dem europäischen Festland mit seinen kleinräumigen staatlichen Verhältnissen, seiner dichten Bevölkerung und der starken Industrialisierung der mittleren und westlichen Teile des Festlandes muß der Fortbestand der überlieferten, mit den staatlichen Grenzen zusammenfallenden Zollschranken auf die Dauer unerträglich erscheinen. Er steht in unüberbrückbarem Gegensatz zu der Forderung einer Erweiterung der Absatzmärkte, wie sie durch die produktionstechnischen Voraussetzungen der Gegenwart gegeben ist.

Auf die Parallele zwischen den heutigen europäischen Verhältnissen und der Lage in Deutschland vor der Gründung des *Zollvereins* ist in diesen Jahren immer wieder hingewiesen worden. Der Zollverein brachte vor hundert Jahren den Ausweg aus einer unhaltbar gewordenen Lage, schuf die Voraussetzungen für die damals beginnende Industrialisierung Deutschlands und machte Deutschland darüber hinaus überhaupt erst zu einem den westeuropäischen Ländern ebenbürtigen Wirtschaftskörper. Man sollte sich heute aber auch daran erinnern, daß der gleiche *Friedrich List*, der in seiner Frühzeit einer der wichtigsten Vorkämpfer der zollpolitischen Einigung Deutschlands war, in den letzten Jahren seines Lebens den Plan einer Erweiterung des Zollvereins zu einem mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnis, insbesondere durch Einbeziehung Ungarns und der Balkanstaaten, lebhaft erwogen hat. Friedrich List ist der geistige Ahnherr aller späteren „Mitteleuropa“-Pläne bis hin zu dem infolge des Fehlens der politischen Voraussetzungen gescheiterten Plane einer Deutsch-Österreichischen Zollunion im Jahre 1931 und den ebenfalls nicht verwirklichten Plänen des Abschlusses von Präferenzverträgen mit Ungarn und Rumänien. Wenn Friedrich List seine Vorschläge auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß des mittleren Europas beschränkte, so war diese Beschränkung das Ergebnis der damaligen politischen Verhältnisse, die eine gesamteuropäische Lösung als völlig unmöglich erscheinen lassen mußten.

Heute ist die politische Lage Europas — durch die militärischen Erfolge Deutschlands und nicht zuletzt durch den Druck der britischen Blockade — für eine *umfassendere Regelung* reif geworden. Wenn bei dieser Neuordnung Deutschland eine besondere Rolle zufällt, so wird damit nur der natürliche Zustand wiederhergestellt, wonach Europa seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt in der Mitte des Kontinents findet. Durch den Hinzutritt Italiens als zweiter Achsenmacht wird dieses Gewicht der Mitte weiterhin verstärkt. Aber nicht nur auf Grund seiner zentralen geographischen Lage, auch im Hinblick auf seine bisherige außenwirtschaftliche Struktur ist Deutschland, das dadurch den völligen Gegenpol von England darstellt, vornehmlich auf Europa ausgerichtet. 54 Prozent der deutschen Einfuhr und 75 Prozent der Ausfuhr entfielen bereits 1913 auf Europa. Dieses europäische Gesicht der deutschen Außenwirtschaft hat sich dann bis zum neuen Kriegsausbruch weiter verstärkt, insbesondere infolge der Umstellung der Einfuhr auf die blockadefreien Gebiete des europäischen Südostens. Schon vor Kriegsbeginn entfielen bei einer Reihe von Staaten des Südostens mehr als die Hälfte der Ein- und Ausfuhr auf den Verkehr mit dem Großdeutschen Reich. Die Entwicklung nach Kriegsausbruch hat diese Tendenz in verstärktem Tempo weitergeführt.

Aber auch nach Wiederherstellung des Friedens wird das Großdeutsche Reich schon auf Grund seiner Bevölkerung von mehr als 100 Millionen Menschen in der Lage sein, die Überschüsse der europäischen Agrarzone auch bei starker Steigerung der jetzigen Erträge in einem praktisch unbegrenzten Maße aufzunehmen, ohne dabei wie England durch die Rücksichtnahme auf die Ausfuhrinteressen der Dominions gehemmt zu sein. Die außerordentliche Vielfältigkeit seiner industriellen Erzeugung setzt Deutschland andererseits in die Lage, jeder Nachfrage der europäischen Länder nach industriellen Waren gerecht zu werden, insbesondere auch der in Zukunft zu erwartenden stärkeren Nachfrage nach Maschinen und sonstigen industriellen Produktionsmitteln, die zum Aufbau neuer Industriekörper in den bisher vorwiegend agrarischen Bezirken Europas dienen. An einer solchen Industrialisierung hat Deutschland das gleiche Interesse wie die betreffenden Länder selbst. Denn nur durch sie kann jene Steigerung der Kaufkraft erreicht

werden, die die unentbehrliche Grundlage für den Ausbau der Handelsbeziehungen und die Steigerung des Lebensstandards der europäischen Bevölkerung bildet. Das Land Friedrich Lists würde sich außerdem selbst untreu werden, wollte es den Bestrebungen anderer Staaten auf Ausbau ihrer Industrie nicht volles Verständnis entgegenbringen.

Es wäre aber ähnlich wie bei der Behandlung des Verhältnisses England-Europa verfehlt, wollte man diese von der Mitte aus sich anbahnende wirtschaftliche Neuordnung Europas ausschließlich mit den Ziffern der gegenseitigen Wirtschaftsverflechtung begründen. Entscheidend ist vielmehr, daß sich in der Entwicklung der letzten Jahre deutlich bereits die *neuen Methoden der europäischen Wirtschaftszusammenarbeit* abzeichnen, die von den Methoden des bisherigen weltwirtschaftlichen Verkehrs in grundsätzlicher Weise abweichen. Daß es sich dabei wenigstens auf absehbare Zeit nicht um eine Zoll- oder Währungsunion handelt, ist von maßgebender Seite des öfteren betont worden. Gegen eine so weitgehende Vereinheitlichung sprechen sowohl gewichtige wirtschaftliche Gründe — der große Abstand der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Länder — als auch Gesichtspunkte politischer Art: der Respekt vor dem Selbständigkeitswillen der betreffenden Staaten. Die wichtigste Methode für die Erreichung der europäischen Zusammenarbeit wird vielmehr auch in Zukunft der Abschluß von langfristigen Wirtschaftsverträgen sein.

Im Gegensatz zu den Handelsverträgen des liberalen Zeitalters beschränken diese sich nicht auf eine allgemeine Regelung des Handelsverkehrs, insbesondere der Zollfragen, sondern haben die Beeinflussung der Wirtschaftsstruktur der vertragschließenden Länder im Sinne einer gegenseitigen Ergänzung zum Ziele. Auch heute noch kann hierfür als Muster der bekannte deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag von 1939 gelten. Dieser ist im Dezember 1940 zu einem Zehnjahresplan erweitert und gerade in diesen Tagen (Januar 1942) durch ein Zusatzabkommen ergänzt worden. Diese Verträge regeln nicht nur die Art und Menge der auszutauschenden Waren, sie sehen darüber hinaus eine planmäßige Ausrichtung des Erzeugungsprogramms auf die Bedürfnisse der beiden Länder vor, für Rumänien im besonderen die Mitwirkung und Hilfe der deutschen Wirtschaft beim Ausbau der rumänischen Landwirtschaft, Erdölgewinnung und Industrie. Die Durchführung dieses Programms wird durch einen von Deutschland gewährten Kredit von 600 Millionen Reichsmark ermöglicht. Auf Grund derartiger Wirtschaftsverträge — darin liegt das grundsätzlich Bedeutsame des Vorgangs — wird das bereits in Deutschland erprobte *System der Wirtschaftslenkung* auch auf die zukünftige europäische Zusammenarbeit übertragen. Auch der zwischenstaatliche Handelsverkehr mit seiner gerade in den vorwiegend agrarischen Staaten häufig ausschlaggebenden Bedeutung für das Schicksal der breitesten Volksschichten wird nicht mehr den Zufälligkeiten eines sogenannten freien Marktes überantwortet, sondern ganz bewußt nach einem sorgfältig erwogenen Plan vorausgedacht und gelenkt.

Ausblick

Das neue wirtschaftliche Europa wird in diesen Jahren des Krieges gleichsam als eine *Schicksalsgemeinschaft* geboren, ähnlich wie heute über alle überlieferten Ressentiments hinweg sich eine neue politische Solidarität der europäischen Mächte im Kampf gegen den Bolschewismus anbahnt. Die gemeinsame Not, wie sie durch den Druck der britischen Blockade geschaffen wird, beschleunigt den Zusammenschluß der europäischen Länder, und zwar um so mehr, je länger dieser Krieg dauern sollte. Europa als selbständiger Wirtschaftsraum wird aber auch nach Beendigung des Krieges und nach Beseitigung der jetzigen Notlage eine Realität bleiben. Nicht nur deshalb, weil die Völker Europas keine Neigung haben werden, sich nochmals dem Würgegriff der englischen Blockade auszusetzen. Vor allem vielmehr aus dem Grunde, weil die Entwicklung der übrigen Großwirtschaftsräume, wie sie sich vor unseren Augen vollzieht, Europa gar keine andere Wahl läßt, in Zukunft seine Existenz zu behaupten als durch Ausbau und Pflege seiner eigenen Wirtschaftskräfte. Andererseits steht es schon heute fest, daß es, insbesondere nach Erschließung der bisher auch noch nicht annähernd ausgenutzten Rohstoff- und Nahrungsquellen des europäischen Ostens, möglich sein wird, Europa im wesentlichen mit allen lebenswichtigen Dingen selbst zu versorgen.

Damit wandelt sich allerdings die *Stellung Europas* zur übrigen Welt. Das neue Europa wird sein Gesicht nicht mehr in erster Linie nach Übersee, sondern viel stärker noch als bisher nach dem Festlande,

insbesondere nach dem östlichen Teile des Kontinents wenden. Auch in Zukunft wird es jedoch zwischen den verschiedenen Wirtschaftsräumen einen intensiven Wirtschaftsaustausch geben. Europa ist schon durch seine geographischen Voraussetzungen auf eine solche überkontinentale Wirtschaftsverflechtung hingewiesen, durch die vielgestaltige Bildung seiner Küsten und seinen Reichtum an Häfen. Aber dieser zwischenkontinentale Wirtschaftsverkehr wird von wesentlich anderer Art sein als der bisherige. Nicht ein Austausch von lebenswichtigen Dingen, deren Absperrung die Selbständigkeit gefährdet, sondern ein Austausch von Dingen, die das Leben bereichern: Erzeugnissen der tropischen Zonen, Überschüssen der industriellen Produktion. Gerade Europa wird auf Grund seiner industriellen Qualitätsarbeit auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der neuen Weltwirtschaft spielen.

Auch in der Wirtschaft geben letztlich geistige Kräfte des Menschen den Ausschlag. Ja, man kann vielleicht die Behauptung wagen, daß Wirtschaften letztlich eine geistige Aufgabe und Entscheidung darstellt. So gesehen, bedeutet die Schaffung eines in seiner Existenz gegenüber den Beeinflussungsversuchen europafremder Mächte gesicherten, auf der Zusammenarbeit seiner Völker beruhenden europäischen Wirtschaftsraumes zugleich einen Akt *europäischer Selbstbesinnung*. Nur auf der gesicherten Grundlage eines solchen europäischen Wirtschaftsraumes kann Europa den Kampf gegen den Bolschewismus und Amerikanismus, den militärischen Kampf der Gegenwart und den geistigen Kampf der Zukunft, wirklich bestehen.